

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 24.04.2023 um 14:30 Uhr
Sitzungssaal der Wasgauhalle, Ebene 1

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	38

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Herr Maurice Croissant

Herr Wolfgang Deny

Herr Dr. Florian Dreifus

Frau Ulla Eder

Herr Frank Eschrich

Frau Stefanie Eyrisch

Herr Frank Fremgen

Herr Thomas Heil

Herr Wolfgang Hendrichs

Herr Gerhard Hussong

Frau Heidi Kiefer

Herr Florian Kircher

Herr Jochen Knerr

Frau Susanne Krekeler

Frau Brigitte Linse

Frau Gabriele Mangold

Herr Dr. Bernhard Matheis

Herr Jürgen Meier

Herr Ralf Müller

Frau Uschi Riehmer

Herr Philipp Scheidel

Herr Bernd Schwarz

Herr Tobias Semmet

Frau Annette Sheriff

Herr Berthold Stegner
Herr Sebastian Tilly
Herr Manfred Vogel
Herr Ferdinand L. Weber
Herr Erich Weiß
Herr Bastian Welker
Herr Steven Wink
Herr Heinrich Wölfling

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Herr Tobias Becker
Herr Heiko Burkhart
Frau Ursula Dubois
Herr Guido Frey
Herr Bernd Gehringer
Herr Jörg Groß
Herr Thomas Hutzler
Herr Kai Kiefer
Herr Alexander Kölsch
Frau Annette Legleitner
Frau Talea Meenken
Herr Oliver Minakaran
Herr Andreas Mühlbauer
Herr Michael Noll
Frau Manuela Schneider
Herr Karsten Schreiner

Zur Sitzung hinzugezogen

Herr Wolfgang Schlachter

Steuerberater misch + schlachter Zweibrücken (TOP 8)

Abwesend:

Mitglieder

Frau Katja Faroß-Göller
Frau Brigitte Freihold
Herr Jürgen Hartmann
Herr Hartmut Kling
Frau Sabine Schunk
Herr Jürgen Stilgenbauer
Frau Regina Zipf

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)
2. Verkehrskonzepte
 - 2.1 Gesamtstädtisches Radverkehrskonzept
 - 2.2 Parkraumkonzept
 - 2.3 Tempo 30-Konzept
3. Antrag zur Teilnahme am Landesprogramm "Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP)
4. Förderschule Sprache; Umzug vom Gebäude der Grundschule Wittelsbach in das Gebäude der Robert-Schuman Grundschule
5. Finanzierung eines Stipendiums für ein Studium der Medizin in Pécs/Ungarn
6. Vergabeermächtigungen
 - 6.1 Leibniz-Gymnasium
 - Los 05 Fensterbauerbeiten, 2.BA (Fassadenfront Luisenstraße)
 - Erteilung der Vergabeermächtigung
 - 6.2 Leibniz-Gymnasium
 - Sanierung Brandschutz und Fachräume
 - Erteilung der Vergabeermächtigung
7. Auftragsvergaben
 - 7.1 Sanierung Turnhalle Fehrbach- Los 11.1 Fassadenarbeiten- Auftragsvergabe-
 - 7.2 Generalsanierung Berufsbildende Schule - Gebäude "A"
 - Los 00.1 Abbrucharbeiten - Auftragserweiterung
8. Messe Pirmasens GmbH (MPG) - Erwerb der Geschäftsanteile der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) durch die Stadt Pirmasens und Abschluss eines Kaufvertrags inkl. Besserungsklausel
9. Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen und Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlaußschuss
10. Kultur
 - 10.1 Sachstandsinformation

10.2 Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke / PARTEI vom 11.04.2023 bzgl. "Konzeption Kultur in Pirmasens"

- 11. Anträge der Fraktionen**
11.1 Antrag der Stadtratsfraktion SPD vom 14.04.2023 bzgl. "Waldkindergarten"
- 12. Anfragen und Informationen**

zu 1 Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)

Der Vorsitzende eröffnet die Einwohnerfragestunde um 16.00 Uhr.

1.1 Anfrage Frau Leissing betr. „Hochwaldstraße Windsberg“

Frau Leissing verliest ihre Anfrage:

“Zu den neuen 30er Zonen und den Parkflächen: Windsberg, Hochwaldstraße, letzte Kurve vor dem Ortsausgang

Warum wird ausgerechnet die untere Kurve nicht in die 30er Zone einbezogen?

Warum wird es vor dieser Kurve kein Haltverbot geben?

Begründung:

1. Durch parkende Fahrzeuge wird die Kurve noch weniger einsichtig.
2. Bisher gibt die Bergauf-Fahrt nur am Ortseingangsschild "50 km/h" her. Daraus entsteht eine Gefahr durch navigierte ortsunkundige LKW!

zu 2. Ich fuhr vor einiger Zeit mit einem PKW-Gespann (3,5t-Kipper) bergab, als ich in der Kurve einen LKW erblickte. Ich brachte das Gespann schnell zum Stehen, denn ich fuhr dort keine 30km/h, mit dem PKW direkt neben den beiden Bäumen (weiter rechts ging es nicht!). Ich hoffte, dass der LKW-Fahrer schon wissen würde, was er tut. Als ich wahrnahm, dass der LKW-Anhänger zu weit innen durch die Kurve rollte, begann ich zu hupen. Es rumpelte als die linke Bordwand meines Anhängers weggerissen wurde. Der LKW hielt nicht. Durch die Kurve war das Nummernschild des LKW-Anhängers nicht mehr zu erkennen.

Gäbe es ein Halteverbot, könnte man zumindest vor den Bäumen weiter rechts halten, wenn es eng wird.“

Der Vorsitzende zeigt auf, das Ordnungsamt werde sich diese Stelle nochmals anschauen und erneut prüfen.

1.2 Anfrage Herr Schneble betr. „Umleitung für den Radverkehr zwischen Winzeln und Gersbach“

Herr Schneble erklärt, die Umleitung für den Radverkehr zwischen Winzeln und Gersbach sei unverschämt und verkehrsgefährdend. Er fragt an, ob sich an diesem Zustand etwas ändern würde.

Der Vorsitzende zeigt auf, der Zustand sei bereits beklagt worden, weshalb er sich die Stelle persönlich angeschaut habe. Die Umleitung sei eine Entscheidung, die von der Verwaltung getroffen worden sei. Momentan sei dies eine Situation, die Kompromisse mit sich bringe. Jedoch habe die Verwaltung versucht, eine gute Möglichkeit zu finden. Die Strecke sei kurz und nicht von Autos befahren. Ebenfalls seien alle Löcher ausgebessert worden.

Der Vorsitzende schließt die Einwohnerfragestunde um 16.06 Uhr.

zu 2 Verkehrskonzepte

Der Vorsitzende zeigt auf, in der heutigen Sitzung würde über drei wichtige Themen der Stadtentwicklung beraten. Genauer gesagt, drei Verkehrskonzepte. Dies sei ein großer Schritt mit großen Chancen für die Stadt Pirmasens.

Pirmasens habe sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert und weiterentwickelt. Dies habe auch zu veränderten Bedingungen und Anforderungen im Straßenverkehr geführt. 2019 habe der Stadtrat deshalb einen Verkehrsentwicklungsplan 2030 beschlossen. Ziel des Plans sei es, für die Zukunft von Pirmasens zeitgemäße und angepasste Verkehrskonzepte zu entwickeln und den Verkehr für alle Nutzergruppen nachhaltig zu verbessern. In dem aktualisierten Verkehrskonzept würde für Pirmasens eine große Chance stecken. Zum einen solle eine Verbesserung der Bedingungen für alle Verkehrsteilnehmer, wie zum Beispiel Autofahrer, Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV-Nutzer, Güterverkehr, usw., geschaffen werden. Auch solle die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöht werden und die besonderen Interessen bestimmter Gruppen, wie zum Beispiel Kinder, Senioren, behinderte Menschen usw., sollen gewahrt werden. Deshalb würden beispielsweise die Bushaltestellen barrierefrei ausgebaut. Weiterhin solle eine nachhaltige und klimafreundliche Mobilitätsplanung erreicht werden.

Der Verkehrsentwicklungsplan 2030 habe deshalb auch die Erarbeitung und Umsetzung von drei Teilkonzepten empfohlen. Diese seien das gesamtstädtische Radverkehrskonzept, das Parkraumkonzept sowie ein Tempo-30-Konzept. In den vergangenen Monaten habe die Stadt gemeinsam mit externen Fachbüros und internen Experten intensiv an diesen Konzepten gearbeitet. In der heutigen Sitzung solle über diese Konzepte beraten und beschlossen werden.

Dem Radverkehrskonzept und dem Tempo-30-Konzept hätten alle Ortsbeiräte zugestimmt. In der Stadtratssitzung am 12.12.2022 seien die drei Konzepte bereits ausführlich vorgestellt worden. Am 07.02.2023 habe der Verkehrsausschuss alle drei Konzepte beraten und dem Stadtrat deren Umsetzung empfohlen. Nachdem die Konzepte in der Hauptausschusssitzung am 27.03.2023 beraten worden seien, würde über sie in der heutigen Sitzung final beschlossen.

Der Radverkehr spielle in Pirmasens bisher eine untergeordnete Rolle. Die Gründe in der "Sieben-Hügel-Stadt" lägen auf der Hand, denn durch die Topografie und die steilen Berge würde es den Radfahrern nicht leicht gemacht. Trotzdem steige seit Jahren die Anzahl der Radfahrer in der Stadt. Hierzu habe unter anderem die Technik beigetragen, weil den steilen Bergen zum Beispiel mit Pedelecs der Schrecken genommen würde.

Andererseits dürften manche das Fahrrad vermeiden, da sie sich unsicher fühlen. Das gelte gerade für Kinder. Ein gutes Radverkehrskonzept würde zu mehr Sicherheit führen und den Radverkehr dadurch fördern. Eine Zunahme der Radfahrer führe aber auch zu steigenden Konflikten mit anderen Verkehrsteilnehmern, zum Beispiel mit Fußgängern und dem motorisierten Straßenverkehr. Es bedürfe deshalb eines gesamtstädtischen Radverkehrskonzeptes, um diese Konflikte aufzulösen und den Radverkehr insgesamt zu fördern.

Ziel sei es dabei nicht, Radfahrer gegenüber anderen Gruppen zu bevorzugen. Es ginge viel mehr darum, eine gleichberechtigte Situation zu schaffen, von der alle Verkehrsteilnehmer profitieren, somit auch und gerade die Autofahrer und Fußgänger.

Die R&T Verkehrsplanung habe im Dezember das Radverkehrskonzept ausführlich vorgestellt.

Er empfehle und bitte darum, das Konzept zu beschließen, wolle aber auf 3 Punkte nochmals besonders hinwiesen. Hier habe es im Stadtrat und aus der Öffentlichkeit Rückmeldungen gegeben. Zum einen solle die Fußgängerzone nur außerhalb der Geschäftszeiten für den Radverkehr freigegeben werden. Aufgrund der geringen Akzeptanz und der besonderen Topografie der Fußgängerzone erscheine der Verwaltung eine dauerhafte Öffnung problematisch, vor allem im frequenzstärksten Zeitraum. Außerdem solle in der Lemberger Straße Richtung Ruhbank eine Änderung der Verkehrsführung erst umgesetzt werden, wenn der

Bereich baulich verändert würde. Zudem solle das Befahren der Einbahnstraßen entgegen der Fahrtrichtung grundsätzlich ermöglicht werden. Jedoch müssten Einzelfallprüfungen durchgeführt werden, ob die Voraussetzungen erfüllt seien.

Das Tempo-30-Konzept diene dazu, die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu verbessern und die Wohn- und Aufenthaltsqualität zu steigern. Hierzu sei eine Leitlinie erarbeitet worden. Stark verkürzt könne man sagen, dass in allen Verbindungs- und Durchgangsstraßen Tempo 50 beibehalten werden solle. Alle anderen Straßen sollen zu Tempo-30-Zonen geändert werden.

Besonders hervorzuheben seien die Schloß- und Alleestraße. Diese hätten zwar die Funktion einer Durchgangsstraße, trotzdem solle dort Tempo 30 eingerichtet werden. Die Innenstadt habe eine besondere Bedeutung für das Einkaufen, Verweilen und den Aufenthalt von Menschen. Damit sei eine hohe Fußgängerfrequenz verbunden. In diesem Bereich sei es sinnvoll, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die Aufenthaltsqualität zu steigern.

Das Konzept sei bereits vorgestellt worden. Für Rückfragen sei Frau Schneider in der heutigen Sitzung anwesend.

zu 2.1 Gesamtstädtisches Radverkehrskonzept

Vorlage: 1619/I/61/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 23.01.2023.

Ratsmitglied Vogel zeigt auf, für die Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen sei es ein guter Tag, da die Konzepte vorgestellt würden. Das Radverkehrskonzept müsse schnellstmöglich umgesetzt werden, um die Gefahrenstellen in Pirmasens zu beseitigen. Des Weiteren sei die Öffnung der Fußgängerzone für Radfahrer ausführlich diskutiert worden und der Vorschlag solle nun ausprobiert werden.

Ratsmitglied Eyrisch erklärt, alle Konzepte seien in den jeweiligen Ausschüssen und Ortsbeiräten ausführlich unter der Hinzuziehung von Experten diskutiert worden. Ebenfalls seien die Vorschläge der Ortsbeiräte und der Koalition mit in die Konzepte eingeflossen.

Ratsmitglied Tilly führt aus, die Verbesserung des Radverkehrs sei in Pirmasens sehr wichtig. Wichtig sei es, dass in der Lemberger Straße gehandelt würde und dass die Einbahnstraßen in Gegenrichtung für den Radverkehr freigegeben würden.

Der Stadtrat beschließt bei 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung mehrheitlich:

Der Stadtrat der Stadt Pirmasens beschließt das Radverkehrskonzept für die Stadt Pirmasens und setzt somit grundsätzliche Ziele und Handlungsfelder für die zukünftige Radverkehrsplanung im gesamten Stadtgebiet fest.

Abweichend zu den Inhalten des Radverkehrskonzepts sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Die Freigabe der Fußgängerzone soll zukünftig nur außerhalb der Geschäftszeiten erfolgen
- In der Lemberger Straße, im Bereich der Abzweigung zur Erlenrunner Straße (stadtauswärts), ist die Herstellung eines Schutzstreifens nicht vorgesehen. Bei städtebaulichen Maßnahmen ist in diesem Bereich ein neuer Ansatz zu prüfen.
- Die Freigabe von Einbahnstraßen in Gegenrichtung für den Radverkehr soll in Pirmasens

sens grundsätzlich ermöglicht werden. Jedoch ist es vorab erforderlich, die entsprechenden Straßenzüge einer Einzelfallprüfung zu unterziehen. Anschließend soll bei einer positiven Beurteilung des Straßenzugs die Freigabe für den Radverkehr in Gegenrichtung erfolgen.

zu 2.2 Parkraumkonzept
Vorlage: 1608/II/66.2/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 17.01.2023.

Ratsmitglied Vogel zeigt auf, das Parkraumkonzept würde von der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen begrüßt. Durch dieses könne zwar der Anschein entstehen, dass die Bürger mehr Geld zahlen müssten, allerdings würde dadurch eine gute Regelung für die Anwohner entstehen. Ebenfalls sei dieses auch gut für die Kurzzeitparker in der Stadt. Für Pendler sei es auch zumutbar, dass diese weiter für die Parkplätze laufen müssen. Andernfalls können diese den ÖPNV nutzen wie zum Beispiel das 49 €-Ticket. Dann müsste auch der ÖPNV verbessert werden.

Ratsmitglied Knerr zeigt auf, die Verlagerung in die Parkhäuser sei nicht zu begrüßen, da viele Schüler die öffentlichen Parkplätze nutzen würden.

Ratsmitglied Hussong zeigt auf, das 49 €-Ticket stünde nicht in Verbindung mit dem Parkraumkonzept, denn in den Parkhäusern ständen genügend Parkplätze für die Pendler zur Verfügung.

Der Stadtrat beschließt bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich:

In Anlehnung an das vorgestellte Parkraumkonzept, sind von der Verwaltung Einzelmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Das Parkraumkonzept bildet den Rahmen und die Zielvorgabe die, entsprechend den Empfehlungen aus dem Verkehrsentwicklungsplan (VEP) für diesen Bereich, bis 2030 umzusetzen sind.

Als erste Einzelmaßnahmen werden beschlossen:

- die Einführung von Bewohnerparken in den Bereichen Exerzierplatz; Innenstadt Süd; Gerbergasse und Horeb (Bergstraße bis Steilgasse)
- die Ausarbeitung eines neuen Bewirtschaftungskonzeptes und dessen Umsetzung zur Einführung der Mehrwertsteuerpflicht zum 01.01.2025
- die Einberufung eines Runden Tisches zur Erarbeitung von Lieferzonen im Innenstadtbereich

zu 2.3 Tempo 30-Konzept
Vorlage: 1612/III/32.2/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Ordnungsamtes vom 19.01.2023.

Ratsmitglied Vogel erklärt, auch dieses Konzept würde von der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen befürwortet.

Der Stadtrat beschließt bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich:

Der Stadtrat beschließt die schrittweise Einrichtung weiterer Tempo 30-Zonen im Stadtgebiet nach den in der Präsentation dargestellten Leitlinien.

Herauszuhaben in dieser Vorgehensweise ist die Einrichtung von Tempo 30 in der Schloß- und Alleestraße zwischen der Kreuzung Gärtnerstraße/Schloßstraße und der Alleestraße/Bergstraße

zu 3 Antrag zur Teilnahme am Landesprogramm "Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP)
Vorlage: 1649/II/20/2023

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 04.04.2023.

Ratsmitglied Eschrich teilt mit, die Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI würde diesem Antrag zustimmen. Allerdings habe er wenig Hoffnung, dass sich dadurch etwas für Pirmasens verändere. Um den Kommunen helfen zu können, müssten die Sozialhaushalte ausgeglichen werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung:

- Fristgerecht einen Antrag auf Teilnahme am Landesprogramm „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP)“ zu stellen.
- Die erforderliche antragsbegleitende Erklärung abzugeben.

Für die Stadt Pirmasens, vertreten durch den Oberbürgermeister, wird erklärt,

1. dass die Kommune die von dem Programm PEK-RP erfassten Liquiditätskredite jenseits der Angaben zur Bemessungsgrundlage nicht aufgrund eigener finanzieller Mittel selbstständig zurückführen kann,
2. dass die statistischen Daten, die der Ermittlung der Bemessungsgrundlage zugrunde liegen, und die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner keine offensichtlich unzutreffenden Angaben enthalten und
3. dass die Angaben dazu zutreffen, welche Gläubiger zu einer Schuldübernahme durch das Land bereit sind.

Es ist bekannt, dass Änderungen mit erheblicher Auswirkung auf das Entschuldungsvolumen bis zum Erlass des Bewilligungsbescheids an die Bewilligungsstelle mitzu teilen sind.

zu 4 Förderschule Sprache; Umzug vom Gebäude der Grundschule Wittelsbach in das Gebäude der Robert-Schuman-Grundschule
Vorlage: 1611/I/40/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Schulverwaltungsamtes vom 19.01.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Dem Umzug der Förderschule Sprache vom Gebäude der Grundschule Wittelsbach in das Gebäude der Robert- Schuman Grundschule wird zugestimmt und der Kostenvoranschlag mit 117.000,- Euro festgestellt.

**zu 5 Finanzierung eines Stipendiums für ein Studium der Medizin in Pécs/Ungarn
Vorlage: 1659/Dez. I/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Dezernats I vom 17.04.2023.

Er zeigt auf, wie bereits berichtet hätten sich die kreisfreien Städte und Landkreise in der Westpfalz zusammengeschlossen. Zusammen möchte man etwas gegen den Ärztemangel unternehmen.

Der Stadtrat habe deshalb am 06.03.2023 entschieden, als Gründungsmitglied dem Verein "Ärzte für die Westpfalz" beizutreten. Der Verein würde Gelder sammeln, um Stipendien an Medizin-Studenten zu vergeben. Diese sollen an der Universität Pecs in Ungarn Medizin studieren. Die Stipendiaten würden sich verpflichten, im Anschluss an das Studium für mehrere Jahre eine ärztliche Tätigkeit in der Westpfalz auszuüben.

Bereits im vergangenen Jahr habe sich der Stadtrat, aufgrund eines Antrages der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI, über ein Stipendium der Stadt Pirmasens unterhalten. Seinerseits sollte geprüft werden, ob über die 10 bereits vom städtischen Krankenhaus vergebenen Stipendien ein weiteres Stipendium, finanziert durch die Stadt Pirmasens, möglich wäre.

Dies sei im Rahmen des oben genannten Programms möglich. So könnte zum Beispiel einem Studenten aus Pirmasens die Möglichkeit gewährt werden, an dem Programm teilzunehmen.

Er schlage deshalb vor, als Stadt ein Stipendium in Höhe von 7.500,00 € pro Semester beziehungsweise 15.000,00 € pro Jahr zu finanzieren. Die Einzelheiten des Stipendiums würden sich nach den Förderrichtlinien des Vereins richten.

Der Beschluss stehe unter dem Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung durch die ADD. Mittel seien jedoch eingeplant worden.

Ratsmitglied Eschrich zeigt auf, die Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI würde zustimmen. Allerdings komme dies zu spät und unnötig viele Zeit sei verloren gegangen. Auch sei die Universität in Pecs eine Eliteuniversität, weshalb es schwierig sein werde, das Studium abzuschließen. Ebenfalls würde es circa. 10 Jahre dauern bis der erste Student fertig sei.

Der Vorsitzende betont, mehrere Bundesländer würden ihr Studenten erfolgreich nach Pecs schicken. Auch gebe es bisher keine andere Kommune die ein Stipendium finanziere.

Ratsmitglied Tilly bittet zu prüfen, ob eine Bindung von 5 Jahren anstatt 3 Jahren möglich sei.

Der Vorsitzende zeigt auf, die Bindung sei abhängig vom Stipendium. Der Unterschied liege zwischen einem Teil- und Vollstipendium.

Ratsmitglied Eyrisch merkt an, für solche Stipendien sei die Kassenärztliche Vereinigung und das Land zuständig und nicht die Kommunen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat stimmt der Finanzierung eines Stipendiums in Höhe von max. 15.000 EUR im Jahr für ein Studium der Medizin in Pécs/Ungarn zu. Die Kostenübernahme erfolgt zunächst für die Dauer eines Jahres.

Verrechnung: Produktsachkonto 511100.5419000 „Budget Ärzteversorgung“

zu 6 Vergabeermächtigungen

zu 6.1 Leibniz-Gymnasium
Los 05 Fensterbaurbeiten, 2.BA (Fassadenfront Luisenstraße)
Erteilung der Vergabeermächtigung
Vorlage: 1652/II/69/2023

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 11.04.2023.

Ratsmitglied Eschrich zeigt auf, die Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI habe der Vergabeermächtigung in der vorherigen Sitzung zugestimmt, da ein gravierender Fehler in der Beschlussvorlage verbessert worden sei.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Den Fensterbaurbeiten zum 2.BA (Fassadenfront Luisenstraße) im Leibniz-Gymnasium, Luisenstraße 2 in 66953 Pirmasens wird zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung auf insgesamt

€ 300.000,00 € brutto

festgestellt.

2. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal € 60.000,00 brutto (20%) die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Die Finanzierung erfolgt über Psk. 114100.52310012 „Gebäudeunterhalt Schulen“

zu 6.2 Leibniz-Gymnasium
Sanierung Brandschutz und Fachräume
Erteilung der Vergabeermächtigung
Vorlage: 1651/II/69/2023

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 11.04.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Der brandschutztechnischen Sanierung, sowie die Sanierung der Fachräume im Leibniz-Gymnasium, Luisenstraße 2 in 66953 Pirmasens wird zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung auf insgesamt

€ 2.400.000,00 € brutto

festgestellt.

2. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal € 480.000,00 brutto (20%) die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Die Finanzierung erfolgt über Inv.Nr. 2170000010 „Sanierung Leibniz Gymnasium“.

zu 7 Auftragsvergaben

zu 7.1 Sanierung Turnhalle Fehrbach- Los 11.1 Fassadenarbeiten- Auftragsvergabe- Vorlage: 1650/II/65.2/2023

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 05.04.2023.

Er zeigt auf, 11 Bieter hätten ein Angebot abgegeben. Der Auftrag solle an die Firma Star-Fassaden- Bau GmbH zum Angebotspreis in Höhe von 88.677,07 € vergeben werden. Mit diesem Angebot liege man innerhalb des Kostenvoranschlags.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Auftrag für das Los 11.1 Fassadenarbeiten wird an die Firma Star-Fassaden-Bau, Im Haberacker 4c, 76227 Karlsruhe zum Angebotspreis von 88.677,07 € (brutto) vergeben.

Verrechnung: Inv.-Nr. 1160000003

zu 7.2 Generalsanierung Berufsbildende Schule - Gebäude "A" Los 00.1 Abbrucharbeiten - Auftragserweiterung Vorlage: 1655/II/65.2/2023

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 13.04.2023.

Er stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) die General-sanierung der Berufsbildenden Schule vor.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Auftrag für das Los 00.1 Abbrucharbeiten, vom 04.11.2019, ist an die Firma „ebis GmbH“ aus Lutherstadt Eisleben, zum Angebotspreis von **514.608,78 €** (brutto) um 50.986,18 € (brutto) auf **565.594,96 €** (brutto) **zu erweitern.**

Verrechnung: 2310000003 „BBS; Energetische u. Brandschutzausbau; 1.BA

zu 8 Messe Pirmasens GmbH (MPG) - Erwerb der Geschäftsanteile der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) durch die Stadt Pirmasens und Abschluss eines Kaufvertrags inkl. Besserungsklausel
Vorlage: 1647/II/20/2023

Beigeordneter Clauer bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 03.04.2023.

Ratsmitglied Eschrich zeigt auf, die Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI stimme diesem Beschluss nicht zu, denn jeder Cent der für die Messe verwendet werde, sei eine Verschwendug von Steuergeldern. Die ISB habe sich in den vergangenen Jahren nicht am Verlust der Gesellschaft beteiligt, möchte nun aber an einem eventuellen Gewinn beteiligt werden. Festzuhalten sei, dass kein weiteres Geld in eine marode Gesellschaft investiert werden sollte.

Ratsmitglied Eyrisch erklärt, die Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI stimme immer gegen die Beschlüsse bezüglich der Messe. Allerdings werde auch nicht aufgezeigt, was mit der Messe passieren solle. Dann stelle sich auch die Frage, wo das Stadtarchiv und das Schulverwaltungamt hin sollen.

Ratsmitglied Tilly teilt mit, der Kaufpreis betrage 130.000 € und die Grunderwerbsteuer 122.600 €. Er fragt an, weshalb die Grunderwerbsteuer fast so hoch sei wie der Kaufpreis.

Beigeordneter Clauer führt aus, der Marktwert ergebe sich aus §194 BauGB.

Der Stadtrat beschließt bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich:

1. Die Geschäftsanteile der ISB an der Messe Pirmasens GmbH werden von der Stadt Pirmasens zu einem Betrag in Höhe von 130.000,00 € erworben. Die aufgrund dieses Erwerbs entstehenden Notar- und Gerichtskosten i.H.v. 8.000,-- Euro und die Grunderwerbssteuer i.H.v. 122.600,-- Euro trägt die Stadt Pirmasens. Die Gesamtkosten für die Stadt Pirmasens betragen damit 260.600,-- Euro. Der Beschluss ergeht vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplans 2023 durch die Aufsichtsbehörde (ADD).

2. Dem Abschluss des Geschäftsanteilskaufvertrags inklusive Besserungsklausel gem. Anlage zwischen der Stadt Pirmasens und der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen unmittelbar umzusetzen, wenn die haushaltrechtlichen Voraussetzungen vorliegen.

3. Der Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Messe Pirmasens GmbH (MPG) erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Dem Abschluss des Geschäftsanteilskaufvertrags inklusive Besserungsklausel zwischen der Stadt Pirmasens und der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) wird seitens der Messe Pirmasens GmbH zugestimmt.

zu 9 Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen und Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlaußschuss
Vorlage: 1653/III/30/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Be schlussvorlage des Rechtsamtes vom 12.04.2023 sowie die allen Ratsmitgliedern per Mail nachgelieferte Vorschlagsliste der SPD.

Der Stadtrat beschließt einstimmig offen abzustimmen.

Sodann lässt der Vorsitzende über die Gesamtliste unter Ergänzung der Vorschlagliste der SPD abstimmen:

Zu 1

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Vorschlagsliste zur Schöffenwahl nach Anlage A so wie die Ergänzung der Vorschlagsliste der SPD (siehe Anlage 2 zur Niederschrift).

Zu 2

Der Stadtrat wählt einstimmig als Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlauß schuss folgende zwei Personen:

Dieter Clauer
Wolfgang Deny

Anmerkung der Protokollführung: Oberbürgermeister Zwick hat nicht mitgestimmt.

zu 10 Kultur

zu 10.1 Sachstandsinformationen

Beigeordneter Clauer teilt mit, Frau Wittmer habe in Kooperation mit Rolf Schlicher und ihm in den letzten Monaten die Bereiche des Sachgebiets Kultur inklusive Forum Alte Post mit dem Sachgebiet Archiv in den Arbeitsabläufen besser strukturiert. Besonderes Augenmerk seien die Vertretungsregelungen, Arbeitszeitthemen und die Schärfung von Arbeitsplatzbeschreibungen gewesen.

Zudem habe es einige personelle Veränderungen gegeben. Der Bereich des klassischen Kulturprogramms beziehungsweise der Spielzeit werde beispielsweise mit einer Frau nach besetzt, die ein Masterabschluss in Kulturwissenschaften besitze und die Netzwerke in Pir masens bestens kenne. Sie werde zum 01.07.2023 beginnen und in Zukunft die Hauptver antwortung für die Spielzeit tragen.

Die kommende Spielzeit sei, wie das Programm für Euroclassic und Sommerintermezzo, bereits fertig geplant und würde bei der nächsten Sitzung des Kulturausschusses am 15.05.2023 vorgestellt. Hierfür gebühre Frau Wittmer ein großer Dank.

Bis auf die Leitungsfunktion seien derzeit alle Stellen wieder besetzt. Es stehe noch ein Wechsel an. Wie bereits der Presse zu entnehmen war, werde Frau Kamm die Stadtverwal

tung im Juni verlassen. Die Stelle werde zeitnah nachbesetzt. In den letzten Wochen und Monaten sei es gelungen, Stück für Stück Publikum wieder zurück zu holen. Auch in Pirmasens kämpfe man wie andere noch mit den Folgen der Corona-Pandemie und der Inflation.

Immer wieder könnten auch Schulklassen für die Angebote gewonnen werden, so zum Beispiel für das Triadische Ballett oder auch das Schauspiel Lauf, Rad lauf nennen.

Die direkte Absprache über die inhaltliche Ausrichtung im Sachgebiet Kultur sei ihm bereits mit Frau Mäß wichtig gewesen. Dies sei auch nach wie vor der Fall.

Da das Sachgebiet inhaltlich nach der Umstrukturierung umfangreicher geworden sei, mache es nach den Erfahrungen der letzten Monate Sinn ein eigenes Amt zu bilden. Neben der Verschmelzung des Sachgebiets Kultur mit dem Forum Alte Post habe sich auch die Einbeziehung des Stadtarchives positiv entwickelt.

Gerade Synergien bei Verwaltungsaufgaben oder auch inhaltliche Überschneidungen zum Beispiel beim Ausstellungsbetrieb seien hier beispielhaft zu nennen. So würde auch das Alte Rathaus künftig in diesem Amt geführt. In der weiteren Folge sollen kleine Aufgaben verlagert werden, die zum neuen Kulturamt passen. Hier möchte er beispielhaft die Vermietung des Carolinensaals nennen. Die laufe derzeit über die VHS, würde aber bereits jetzt mit Hausmeistern aus dem Kulturbereich betreut.

Das Sachgebiet Organisation der Stadtverwaltung habe das neue Amt bereits definiert. Die letzliche Entkopplung würde in den nächsten Wochen umgesetzt. Die Amtsleitung würde ausgeschrieben. Die Ausschreibung würde ebenfalls vorab mit der ADD abgestimmt. Da hier die Zeitschiene nicht in der Hand der Verwaltung liege, könne die Ausschreibung noch einige Wochen beziehungsweise wenige Monate dauern. Der neue Amtsleiter beziehungsweise die neue Amtsleiterin würde sich dann im Rat vorstellen. Bis dahin habe sich Frau Wittmer bereiterklärt, die Stelle kommissarisch zu übernehmen.

Sodann stellt er anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) die Aufgaben und die Stellenanteile des Kulturamtes vor. Letztlich gebe es in diesem Bereich keine Stellenmehrung beziehungsweise auch keine Stellenkürzung. Durch die Verlagerung von Stellenanteilen sei es möglich, den Stundenumfang für die Nachfolge Kamm leicht zu erhöhen um mehr pädagogische Angebote im Kulturbereich anbieten zu können.

Die Verwaltung stehe in einem engen Austausch mit Kunst- und Kulturschaffenden. Dies gelte beispielhaft für den Kunstverein oder auch die gut 30 Künstler, die im letzten Jahr im Forum Alte Post ausgestellt haben. Beim neuen Stadtteil würde, wie bereits informiert, ein Schwerpunkt auf dem Thema Kunst und Kultur liegen. Hier würden neben internationalen Künstlern auch Künstler aus der Region mit eingebunden.

Es sei wichtig, dass sich die Bereiche Kultur, Stadtmarketing, Stadtbücherei und die VHS inhaltlich gut abstimmen um ein hochwertiges Kulturprogramm anzubieten und freie Träger und Organisationen bei eigenen Angeboten zu unterstützen.

Ratsmitglied Croissant teilt mit, er habe mit Freude zugehört in der Hoffnung, dass Taten folgen. Allerdings sei bei dem Austausch mit Künstlern noch Luft nach oben. Zum Beispiel gebe es keinen Termin, an dem alle Künstler teilnehmen.

Ratsmitglied Eschrich spricht ein Lob für Herrn Clauer aus. Positiv sei, dass das Kulturamt zukünftig ein eigenes Konzept habe.

Beigeordneter Clauer erklärt, das Konzept sei seitens der Verwaltung professionell ausgearbeitet worden.

zu 10.2 Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke / PARTEI vom 11.04.2023 bzgl. "Konzeption Kultur in Pirmasens"

Ratsmitglied Eschrich begründet den Antrag (siehe Anlage 4 zur Niederschrift) laut Antragsbegründung.

Beigeordneter Clauer führt aus, der Austausch mit den Künstlern sei bereits lebendig. Beispielsweise hätten Einzelgespräche beziehungsweise Gruppengespräche stattgefunden. Weiterhin seien im Hauptausschuss bereits die Überlegungen für die Erstellung eines Leitbildes vorgestellt und bestätigt worden. Das Leitbild würde in Form eines moderierten Prozesses erarbeitet. Die Partizipation erfolge durch die Möglichkeit an entsprechenden Runden physisch teilzunehmen, aber auch durch die Möglichkeit einer Onlinebefragung. Dieser Prozess würde mit der Agentur Reppa begleitet.

Fest stehe, dass zu einem Leitbild alle wichtigen und relevanten Facetten des Lebens in Pirmasens berücksichtigt werden müssen. Selbstverständlich gehöre die Kultur in der Stadt dazu. Zusätzliche Workshops würden als nicht zielführend erachtet.

Bezüglich der Mitmachprojekte und der kostenlosen Angebote empfehle er einen Blick auf die Homepage des Forum Alte Post, denn Ausstellungseröffnungen seien beispielsweise immer kostenlos. Außerdem gebe es kostenlose Konzerte der VHS. Die zweiwöchige Ausstellung der Pirmasenser Künstler sei ebenfalls kostenlos gewesen. Auch innerhalb der Stadt würden immer wieder kostenlose Angebote stattfinden, auch bei dem neuen Stadtfest 2023 mit einem großen kostenlosen Kunst- und Kulturprogramm.

Zum Thema Hugo Ball Kabinett sei festzuhalten, dass sich dieses bereits, wie öffentlich angekündigt, in Arbeit befindet und am Ende des Prozesses umgesetzt werde. Für die Ausstellung von Pirmasenser Künstler sei man in regelmäßiger persönlichen Austausch mit den Künstlern und bereite derzeit die neue Ausstellung "Made in Pirmasens: Schuhe und Mehr" vor. Diese Ausstellung soll länger andauern. Es gebe einige Verbesserungsvorschläge der Künstler, die zum größten Teil umgesetzt würden. Angedacht sei es, dieses Format dauerhaft fortzusetzen.

Bezüglich der Mosaiken würden nach wie vor Gespräche geführt und eine Ausschreibung für ein Folgeprojekt würde vorbereitet. Dieses werde allerdings an einer anderen Stelle, als von der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI gewünscht, umgesetzt werden. Sobald ein konkreter Zeitplan vorliege, würde der Stadtrat informiert.

Die Verwaltung selbst sehe den Antrag als erledigt an, da an den Themen bereits gearbeitet werde. Eine größere isolierte Öffentlichkeitsbeteiligung parallel zum Leitbildprozess halte die Verwaltung für nicht zielführend und entbehrlich.

Ratsmitglied Wink erklärt, nach dieser Ausführung sehe er den Antrag als erledigt. Er fragt an, in wie fern eine regionenübergreifendes Kulturkonzept geplant sei.

Beigeordneter Clauer zeigt auf, dies sei überregional beworben worden.

Ratsmitglied Eschrich erklärt, viele Punkte aus dem Antrag seien aufgenommen worden. Somit erklärt er den Antrag als zurückgestellt.

Ratsmitglied Tilly führt aus, die Konzeption der Workshops wäre von der Stadtratsfraktion SPD befürwortet worden. Auch habe die Stadtratsfraktion in der letzten Wahlperiode die gleichen Punkte gefordert.

Ratsmitglied Dr. Matheis befürwortet das neue Leitbild. In diesem Zusammenhang dürfe die Kultur jedoch kein Sidekick sein, sondern sei in das Stadtteilbild zu integrieren.

Ratsmitglied Hussong erklärt, die Kultur müsse in das Leitbild integriert werden. In der Vergangenheit sei die Kultur auf zwei Schienen gelaufen. Nun sei es die bessere Lösung, dass die Kultur gebündelt würde und eigenständig sei.

Ratsmitglied Sheriff teilt mit, das Kulturprogramm in den vergangenen Jahren sei sehr gut gewesen. Auch genießen die Menschen in Pirmasens die Ausstellungen und Konzerte.

Der Vorsitzende fügt hinzu, besonders sei es, wie in Pirmasens über das Thema Kultur gesprochen würde und dies sei auch gut. Im Bereich Kultur sei Pirmasens herausragend. Die emotionalen Diskussionen seien wichtig und sollten nicht ins falsche Licht gerückt werden. Beigeordneter Clauer und Frau Wittmer hätten für das Kulturamt einen guten Aufbau geleistet. Weiterhin sei die Kultur ein wichtiges Thema des neuen Leitbilds.

zu 11 Anträge der Fraktionen

zu 11.1 Antrag der Stadtratsfraktion SPD vom 14.04.2023 bzgl. "Waldkindergarten"

Ratsmitglied Tilly stellt die Anfrage (siehe Anlage 5 zur Niederschrift) vor. Er zeigt auf, im Vorfeld habe man die Meinung der Stadtspitze zu diesem Thema aus der Presse entnehmen können. Deshalb habe er überlegt diesen Antrag überhaupt vorzustellen, jedoch sei dieses Thema zu wichtig. Zu erwähnen sei auch, dass ein Waldkindergarten günstiger sei als ein normaler Kindergarten.

Der Vorsitzende zeigt auf, der Pressebericht sei falsch verstanden worden, denn zu dem Antrag sei keine Aussage getroffen worden. Im Pressebericht sei es ausschließlich um die Kita Zauberwald, die als Waldköninger ausgezeichnet worden sind gegangen, dieses Projekt laufe bereits seit längerer Zeit. Richtig sei, dass weitere Betreuungsplätze benötigt würden. Zurzeit sei zum Beispiel eine zusätzliche Einrichtung im Banana Building in Planung. Diese ginge Ende des Jahres ans Netz. Grundsätzlich sei die Stadt auch offen für alternative Formen von Kindertagesstätten, zum Beispiel Bauernhof- oder Waldkindergarten.

Aktuelle stehe die Stadt mit einem potenziellen Träger zum Thema Waldkindergarten im Kontakt. Diese Bestrebungen und der Kontakt habe bereits vor dem hier gestellten Antrag bestanden. Hierzu fände in dieser Woche ein Gespräch statt. Die Gespräche befänden sich zurzeit noch in einem frühen Stadium. Ob ein solcher Kindergarten tatsächlich realisiert werden könne, sei derzeit noch offen. Zur gegebenen Zeit würde der Rat über die Ergebnisse der Gespräche informiert. Aus Sicht der Verwaltung bedürfe es keines eigenen Beschlusses des Stadtrates, da das Jugendamt bereits aus eigener Initiative alternative Kita-Formen prüfe.

Ratsmitglied Tilly erklärt den Antrag als zurückgestellt.

zu 12 Anfragen und Informationen

zu 12.1 Beantwortung von Anfragen

zu 12.1.1 Anfrage Ratsmitglied Eschrich vom 18.07.2022 bzgl. "Energieversorgung, Preisentwicklung, Auskömmlichkeit staatlicher Hilfsmaßnahmen und sozialer Transferleistungen"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Beantwortung der Anfrage (siehe Anlage 6 zur Niederschrift) würde im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 12.1.2 Anfrage Ratsmitglied Croissant vom 13.02.2023 bzgl. "Mülleimer im Bereich des Kriegerdenkmals (Buchsweiler Straße / Strobelallee)"

Der Vorsitzende führt aus, der Mülleimer inklusive Tütenspender sei am 21.03.2023 aufgestellt worden.

zu 12.1.3 Anfrage Ratsmitglied Schwarz vom 06.03.2023 bzgl. "Abführung Nebeneinkünfte an die Stadtkasse"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Beantwortung der Anfrage (siehe Anlage 7 zur Niederschrift) würde im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 12.2 Informationen

zu 12.2.1 Happy Forest Quarter (In den Tannen)

Beigeordneter Clauer zeigt auf, die Wohnblöcke In den Tannen seien aufgrund des großen Renovierungsaufwandes seit Jahren auf dem Markt angeboten worden. Es habe bereits vor der GK Real Estate mehrere Interessenten gegeben. Ziel war es, die Wohnungen nicht als Konkurrenzobjekte auf dem Pirmasenser Wohnungsmarkt zu haben. Diese Entscheidung sei vor der Flüchtlingskrise getroffen worden. Heute sei der Wohnungsmarkt auch in Pirmasens völlig anders zu bewerten.

Grundsätzlich seien mit der Gesamtthematik innerhalb des Stadtkonzerns in den letzten Jahren neben der Bauhilfe, insbesondere die Ausländerbehörde und die Wirtschaftsförderung betroffen. Anfang 2016 hätten die ersten Verhandlungen mit der GK Real Estate und Herrn Kaymakci begonnen. Man habe sich auf einen Verkauf in 3 Abschnitten geeinigt. Der Kaufvertrag sei anschließend am 04.07.2016 unterschrieben worden.

Das Ziel seien Ferienwohnungen für wohlhabende Personen aus dem Nahen Osten gewesen. Daraus sei allerdings schnell das Ziel geworden, hier ausländischen Unternehmen Firmengründungen zu ermöglichen und im Grünen zu wohnen. Ebenfalls sei das Projekt durch das Wirtschaftsministerium unterstützt worden. Erstanträge seien hierbei von der Ausländerbehörde unter anderem nach einer Stellungnahme der IHK bearbeitet worden.

In ganz Deutschland und in Rheinland-Pfalz gebe es solche Projekte. Bei einer rechtlich korrekten Umsetzung seien Ansiedlungen von ausländischen Unternehmen nach wie vor zu begrüßen.

Die Renovierungsarbeiten und Ansiedlungen in den folgenden Jahren seien nicht in der Geschwindigkeit wie vom Entwickler erhofft verlaufen. In der Praxis zeige sich, dass nicht alle Business Pläne der Neuansiedlungen der Nachprüfung standhalten.

Aufgrund einer bundesweiten Abfrage der Bundespolizei hinsichtlich des Erschleichens von Visa sei die Bundespolizei durch die Ausländerbehörde über die Vorgänge in Pirmasens am 18.04.2019 informiert worden. Zu diesem Zeitpunkt sei auch das Integrationsministerium und die ADD informiert worden. Ab Juni 2019 seien alle ausländerrechtlichen Entscheidungen in diesem Zusammenhang mit der ADD abgestimmt worden. Dies betreffe alle Entscheidungen seit diesem Zeitpunkt.

Seit Anfang 2022 sei der Austausch der Ausländerbehörde und der Bundespolizei im Rahmen der dort laufenden Ermittlungen wieder intensiviert worden. Nicht alle Personen, die über die Vermittlung von GK Real Estate in Pirmasens angekommen seien, seien von den Ermittlungen betroffen. Es ginge auch um Personen, die erst gar nicht den Weg nach Pirmasens oder Deutschland gefunden haben. Einige der Menschen hätten hier Fuß gefasst und seien Teil der Gesellschaft geworden.

Es sei selbstredend, dass aus ermittlungstaktischen Gründen der Stadtrat über den Austausch mit der ADD und Bundespolizei nicht informiert worden sei.

Der Verkauf seitens der Bauhilfe sei kein Bestandteil der Ermittlungen gewesen. Alle in diesem Zusammenhang in der Vergangenheit an den Stadtrat gegebenen Informationen seien korrekt wiedergegeben worden.

Wie bereits in der Presse ausführlich berichtet, handele es sich um ein weitreichendes Firmenflecht. Daher sei man überzeugt, dass die jahrelangen Ermittlungen am Ende ein genaues Bild der Vorgänge abbilden würden. Es sei nicht Aufgabe der Stadtverwaltung diesen Ermittlungen vorzugreifen oder diese zu bewerten.

Die Bauhilfe stehe in keinerlei Geschäftsbeziehungen mehr mit der GK Real Estate. Ein Restbetrag für die Zahlung des letzten Kaufabschnittes sei mit noch zu erbringenden Leistungen der Bauhilfe am 30.9.2021 verrechnet worden. Ebenfalls sei der Aufsichtsrat zu jedem Zeitpunkt über diese Restforderungen informiert worden und habe alle Entwicklungsschritte einstimmig getroffen.

Wie es nun mit den Immobilien, die noch im Besitz der GK Real Estate sind, weitergeht, werde der Prozess zeigen. Aus heutiger Sicht spreche für den oder die Eigentümer nichts dagegen, die Wohnungen nach erfolgter Renovierung wieder auf dem regulären Wohnungsmarkt anzubieten.

zu 12.2.2 Tarifabschluss öffentlicher Dienst

Der Vorsitzende zeigt auf, wichtig sei das Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angemessen entlohnt würden. Allerdings stelle der Tarifabschluss eine Herausforderung für die Stadtverwaltung dar. Durch die Inflationsprämie in Höhe von 3.000 € für jeden Mitarbeiter entstünden Kosten in Höhe von 1,8 Mio. €. Personalkostenerhöhungen im Tarifbereich in Höhe von 1,25 Mio. seien eingeplant worden, dadurch ergebe sich ein Fehlbetrag in Höhe von 550.000 € im Jahr 2023. Im Jahr 2024 fielen weitere 300.000 € für die Inflationsprämie sowie 4,21 Mio. € für die Tariferhöhungen an. Zuzüglich würden Kosten der für 2023 vorgesehenen neuen Stellen in Höhe von 120.000 € entstehen. Somit entstünden für das Jahr 2024 Gesamtkosten in Höhe von 4,63 Mio. €. Im Jahr 2025 sei keine Inflationsprämie vorhanden, wodurch keine Kosten entstünden. Durch die Tariferhöhung ergäben sich Kosten in Höhe von 4,97 Mio. € zuzüglich der für 2023 vorgesehenen neuen Stellen mit Kosten in Höhe von 130.000 €. Da-

mit ergeben sich für das Jahr 2025 Gesamtkosten in Höhe von 5,1 Mio. €. Somit sei die Stadt im nächsten Jahr wieder verschuldet.

zu 12.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 12.3.1 Schriftliche Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 31.03.2023 bzgl. "Neues Flüchtlingskonzept"

Ratsmitglied Weber bittet die Anfrage (siehe Anlage 8 zur Niederschrift) schriftlich zu beantworten.

zu 12.3.2 Anfrage von Ratsmitglied Eschrich vom 20.04.2023 bzgl. "Happy Forest Quarter"

Ratsmitglied Eschrich stellt die Anfrage (siehe Anlage 9 zur Niederschrift) vor. Ebenfalls bedankt er sich bei Beigeordneter Clauer, dass der bisherige Verlauf vorgestellt worden sei.

Beigeordneter Clauer erklärt, die Bauhilfe Pirmasens betreue rund 2000 Wohnungen. Sie versuche die bestehenden Wohnungen zu erhalten und zu renovieren. Da jedoch ein Renovierungsstau bestehe, würden manche Objekte gegebenenfalls verkauft. Die Immobilie In den Tannen wäre nicht verkauft worden, wenn sie nicht in so einem schlechten Zustand gewesen wäre. Es sei ausgeschlossen, dass dieses Objekt zurückgekauft werde. Allerdings würde der Prozess betreut.

zu 12.3.3 Anfrage von Ratsmitglied Eyrisch bzgl. "Vorstellung der Ergebnisse des kriminalpräventiven Rates durch die Leiterin der Polizeiinspektion Pirmasens"

Ratsmitglied Eyrisch teilt mit, im Januar hätte der Kriminalpräventive Rat Befragungen in der Stadt Pirmasens durchgeführt. Ein hoher Anstieg in den letzten Jahren sei nicht festgestellt worden. Trotzdem bittet sie um Vorstellung der Ergebnisse des kriminalpräventiven Rates durch die Leiterin der Polizeiinspektion Pirmasens.

Der Vorsitzende zeigt auf, an diesem Thema sei die Verwaltung seit vielen Jahren dran. Wichtig sei es, dieses Thema neu zu beleben, damit es ernst genommen würde. Wichtig zu sagen sei es aber, dass Pirmasens keine gefährliche, sondern eine sichere Stadt sei und die Ängste der Bürger sollen genommen werden. Beispielsweise seien Parks neu beleuchtet und besser ausgestattet worden. Gegen einen Bericht aus Polizeisicht sei nichts einzuwenden und Frau Schröder solle zu einer der nächsten Sitzungen eingeladen werden.

zu 12.3.4 Anfrage von Ratsmitglied Tilly bzgl. "Öffnung der Fußgängerzone für beeinträchtigte Personen bei Abendveranstaltungen der Lutherkirchengemeinde"

Ratsmitglied Tilly fragt an, ob die Fußgängerzone für beeinträchtigte Personen geöffnet werden könne, wenn Abendveranstaltungen der Lutherkirchengemeinde stattfänden.

Beigeordneter Clauer zeigt auf, die Fußgängerzone an Abendveranstaltungen dauerhaft zu öffnen sei nicht möglich. Für Einzelfälle könne eine Genehmigung beantragt werden.

zu 12.3.5 Anfrage von Ratsmitglied Tilly bzgl. "Am Stockwald - Nichteinhaltung der Vorfahrtregelung "

Ratsmitglied Tilly zeigt auf, in der Straße "Am Stockwald" würde die Vorfahrtsregelung nicht eingehalten. Daher fragt er an, ob gegebenenfalls Haifischzähne mit einer Folie angebracht werden könnten.

Beigeordneter Clauer erklärt, an dieser Stelle könnten keine Haifischzähne angebracht werden. Allerdings könnte eine Geschwindigkeitstafel oder eine weitere Beschilderung erfolgen.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 16.30 Uhr.

Pirmasens, den 5. Juni 2023

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Anne Vieth
Protokollführung